

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagssumme: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 29. November 1989

Blatt 2715

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Hatzl: Familienbund soll nicht Medien frotzeln (2716/FS: 28.11.)
- Neuerliche Spitzenwerte bei den Wiener E-Werken (2717/FS: 28.11.)
- Rettungs- und Einsatzmedaillen für Sicherheitswachebeamte (2718/FS: 28.11.)
- Ehrenzeichen für Widerstandskämpfer (2719/FS: 28.11.)
- 70. Geburtstag von Direktor i.R. Dipl.-Ing. Arnulf Maier (2720)
- Öffnungszeiten der Adventmärkte (2721)
- 3 Jahre „Kummernummer gegen Sanierungsspekulation“ — 3 Jahre Mobile Gebietsbetreuung“ (2722)
- 15 Jahre Gebietsbetreuungen — 15 Jahre „sanfte“ Stadterneuerung (2723-2725)
- 114 Millionen Schilling für die Jugend (2726)
- Kabel-TV: Novellierung des Urheberrechtsgesetzes ermöglicht Übernahme weiterer Programme (2728)
- Donnerstag Pressefrühstück mit ungarischer Delegation (nur FS)
- Am Freitag wieder Einbürgerungsfeier (nur FS)

Kultur:

- Dr.-Karl-Renner-Preis für Vaclav Havel (2727)

Hatzl: Familienbund soll nicht Medien frotzeln

Bereits am 28. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) „Eigentlich könnte man sich zu einer so obskuren Aussendung wie der des 'Wiener Familienbundes' von heute jede Stellungnahme ersparen. Behauptungen wie, daß 'offensichtlich ein kalter Winter bevorstehe' — die Dame sollte besser als Meteorologin ihr Geld verdienen — oder daß wegen des neuen Stromtarifes 'Kinder frieren müßten' und in Wien 'Zustände wie nach dem Zweiten Weltkrieg' herrschen, disqualifizieren sich von selbst“, sagte Dienstag Energiestadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

„Trotzdem einige Klarstellungen dazu, die an sich längst bekannt sein müßten: 96 Prozent der Haushalte zahlen in Zukunft weniger für den Strom, darunter selbstverständlich auch Haushalte mit mehreren Kindern. Ein durchschnittlicher Haushalt, der mit allen, teilweise auch dem Luxus zuzurechnenden Geräte ausgestattet ist, verbraucht je nach Familiengröße im Durchschnitt 3.500 bis 4.500 Kilowattstunden pro Jahr. Es besteht also noch eine bedeutende Reserve bis die Progressionsstufe erreicht wird. Auch dann wird nur der 5.840 Kilowattstunden übersteigende Bezug zum höheren Tarif verrechnet, sodaß noch ein Spielraum vorhanden ist, bei dem man sich trotz der Überschreitung der Grenze noch etwas erspart.

Vollkommen entgangen dürfte der Dame vom Familienbund sein, daß die Nachtstromheizung sogar verbilligt wurde, der Grundpreis wurde auf dem alten günstigen Niveau belassen. Für die Nachtstromanwendungen wird kein Anschlußpreis verrechnet, für Heißwasserspeicher mit Nachtstrom kein Grundpreis. Wien hat damit einen der billigsten Nachstromtarife Österreichs, billiger als alle östlichen Bundesländer.

Undurchführbar ist die Forderung nach Staffelung des Stromtarifes nach Einkommen oder Familiensituation. Die E-Werke müßten dabei gleichzeitig Funktionen des Finanzamtes und des Sozialamtes übernehmen — mit genauen Überprüfungen von Besitz, Einkommen und Familiensituation. Das wäre mit enormen organisatorischem Aufwand verbunden, der den Strom wesentlich verteuern müßte, abgesehen von allen Problemen des Datenschutzes und der Verletzungen der Privatsphäre“, sagte Hatzl. (Schluß) roh/gg

Neuerliche Spitzenwerte bei den Wiener E-Werken

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Am 27. November um 17.30 Uhr war mit 1.441 Megawatt eine neuerliche Höchstlast beim Strombedarf im Versorgungsgebiet der Wiener Stadtwerke — E-Werke zu verzeichnen. 1.164 Megawatt davon wurden durch die eigenen Kraftwerke abgedeckt, 277 trug die Verbundgesellschaft bei.

Zum selben Zeitpunkt wurden aus den Kraft-Wärme-Kupplungen der E-Werke zusätzlich 450 Megawatt Fernwärme an die Heizbetriebe Wien abgegeben.

Die neuen Spitzenwerte traten wieder, wie bereits vor einer Woche, bei einer Außentemperatur von plus drei Grad Celsius auf. Bei tieferen Temperaturen im kommenden Winter muß mit neuen Höchstwerten gerechnet werden. (Schluß) roh/bs

Bereits am 28. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Rettungs- und Einsatzmedaillen für Sicherheitswachebeamte

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Für die Rettung anderer Menschen aus Lebensgefahr wurden Dienstag sieben Sicherheitswachebeamten von Stadträtin Christine SCHIRMER Rettungs- und Einsatzmedaillen des Landes Wien überreicht.

Mit der Rettungsmedaille des Landes Wien wurden Revierinspektor Helmut GRÖBNER und Bezirksinspektor Johann ZAMAR ausgezeichnet. Die beiden Männer hatten im Mai unter Lebensgefahr einen Verunglückten aus der Donau geborgen.

Die Einsatzmedaille des Landes Wien wurde den Bezirksinspektoren Wolfgang BLACH und Ferdinand HABERLER und den Inspektoren Hilmar MAGEDLER und Anton MATEJKA für die Rettung einer alten Dame bei einem Zimmerbrand sowie Bezirksinspektor Gerhard REINER, der bei einem Wohnungsbrand einen Mann aus der raucherfüllten Wohnung bergen konnte, verliehen.

In ihrer Ansprache anlässlich der Überreichung der Auszeichnungen wies Schirmer auf die Leistungen der Sicherheitswachebeamten hin und betonte auch die Bedeutung der eigentlichen Aufgabe der Polizei, nämlich anderen Menschen zu helfen und sie und ihr Eigentum zu schützen.
(Schluß) hrs/rr

Bereits am 28. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrenzeichen für Widerstandskämpfer

Bereits am 28. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL überreichte am Dienstag nachmittag an Dr. Josefa BREUER und Camillo HEGER, zwei ehemalige Widerstandskämpfer, das ihnen verliehene Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Dr. Josefa Breuer gehörte während der Besetzung Österreichs der Widerstandsgruppe „Österreichische Bewegung“ an, wurde 1941 zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt und aus dem Schuldienst entlassen. Seit 1978 ist sie im Vorstand der Wiener ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Mitglied der Kontrolle des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes. Dr. Josefa Breuer hat sich im vergangenen Jahr besonders für Veranstaltungen anlässlich des 50. Jahrestages der Besetzung Österreichs eingesetzt.

Camillo HEGER war bis zu seiner Verhaftung im Jahr 1940 in der Widerstandsgruppe „Österreichische Front“ tätig. Ein Sondergericht verurteilte ihn zu eineinhalb Jahren Gefängnis wegen „Bildung einer illegalen Parteiorganisation“. 1943 wurde er zum Wehrdienst eingezogen und geriet in russische Gefangenschaft, aus der er 1947 nach Wien zurückkehrte. Camillo Heger ist Mitglied der Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und hat sich im Vorjahr bei der Organisation von Veranstaltungen anlässlich des Gedenkjahres 1988 besondere Verdienste erworben.

An der Feier im Rathaus nahm auch Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER teil. (Schluß) fk/rr

70. Geburtstag von Direktor i. R. Dipl.-Ing. Arnulf Maier

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Der ehemalige Direktor der Wiener Verkehrsbetriebe, Dipl.-Ing. Arnulf MAIER, feiert am 30. November seinen 70. Geburtstag. Der Höhepunkt seiner Tätigkeit — 1976 Technischer Vize-direktor, 1980 bis 1985 Direktor der Verkehrsbetriebe — war die Vollendung des Grundnetzes der Wiener U-Bahn mit den Linien U 1, U 2, U 4. Weitere Meilensteine waren die Tarifreform mit der Einführung einer billigen Jahresnetzkarte sowie die Realisierung des Verkehrsverbundes Ost-Region.

Direktor i. R. Dipl.-Ing. Maier war 1947 in den Dienst der Verkehrsbetrieb eingetreten, 1983 wurde ihm das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Anlässlich seiner Ruhestandsversetzung mit 31. Jänner 1985 sprach ihm der Wiener Gemeinderat Dank und Anerkennung für seine langjährige hervorragende Mitarbeit aus. (Schluß) roh/gg

Öffnungszeiten der Adventmärkte

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Durch einen Irrtum wurde gestern in unserer Aussendung über die Adventmärkte gemeldet, daß der Adventmarkt auf der Freyung bis 20 Uhr offenhalten könne. Diese Öffnungszeit gilt jedoch für den Christkindlmarkt vor dem Rathaus, alle anderen Adventmärkte haben eine Öffnungszeit bis 18 Uhr. Wir bitten um Entschuldigung. (Schluß) hrs/rr

3 Jahre „Kummernummer gegen Sanierungsspekulation – 3 Jahre „Mobile Gebietsbetreuung“

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zog Mittwoch im Rahmen eines Pressegesprächs Bilanz über drei Jahre Bekämpfung der Sanierungsspekulation in Wien.

1986 wurden angesichts merkbarer Spekulationstendenzen in Wien eine „Kummernummer gegen unredliche Absiedlung“ (48 88 52/DW 55) beim Wiener Stadterneuerungsfonds sowie eine „Mobile Gebietsbetreuung“ (18, Theresiengasse 48, Tel. 48 69 91) geschaffen. Ihre Aufgaben waren (und sind) die Information betroffener Hausbewohner über ihre — tatsächlich sehr starken — Rechte, die Intervention beim Hauseigentümer sowie — wenn notwendig — Kontaktaufnahme mit Behörden und Mieterorganisationen, wobei die „Kummernummer“ die „Erste Hilfe“ leistet und sich die „Mobile Gebietsbetreuung“ der schwereren Problemfälle annimmt.

1.855 Anrufe bei der „Kummernummer“

Bis Ende September 1989 wurden bei der „Kummernummer“ 1.855 Anrufe aus 1.722 Häusern entgegengenommen. Etwa ein Viertel der Anrufe betraf tatsächlich harte Absiedlungsmethoden. 1987 und 1988 konnte ein erfreulicher Rückgang von Beschwerden verzeichnet werden, 1989 ist jedoch wieder eine Zunahme von Spekulation (Schwerpunkt 2. Bezirk) bemerkbar. Jeden vierten Tag wird derzeit ein neuer Fall von ungerechtfertigter Kündigung oder schweren Baugebrechen bekannt.

600 Problemhäuser für die „Mobile Gebietsbetreuung“

Die „Mobile Gebietsbetreuung“ hat in den vergangenen drei Jahren Probleme in über 600 Häusern behandelt, in der Mehrzahl Absiedlungen, schwere Baugebrechen, ungerechtfertigte Mietzinserhöhungen und Konflikte um Sanierungsmaßnahmen. Das Team hat an über 160 Hausversammlungen teilgenommen. Es wurden Mietertreffen angeregt, und sogar eine Selbsthilfegruppe ist aus der Tätigkeit der Gebietsbetreuung entstanden. Über 1.000 persönliche Beratungsgespräche wurden im Lokal der Gebietsbetreuung und bei mehreren Aktionen des Bürgerdienst-Busses geführt. Merkblätter und mehrere Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen wurden erarbeitet.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit lagen in den vergangenen drei Jahren im 3., 17. und 18. Bezirk. Vor allem auch im 2., 7., 9., 15. und 20. Bezirk sind Spekulationstendenzen merkbar, wobei häufig mit den örtlichen Gebietsbetreuungen (soweit vorhanden) zusammengearbeitet wird.

Insgesamt konnte festgestellt werden, daß sich die Methoden der Spekulanten ändern, ja die Zahl der Häuser mit harten Absiedlungsmethoden heuer sogar am geringsten ist. Dafür nehmen Baugebrechen und „kalte“ Absiedlungsmethoden etwa durch hohe, ungeforderte § 18-Mieterhöhungen infolge von Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten zu. Schlagartig zurückgegangen ist die Zahl der Interessensbescheide.

Für die Mieter sehr hilfreich erwies sich oftmals eine Berichterstattung über konkrete Fälle in den Medien sowie der Hinweis auf diese beiden Beratungs- und Hilfsdienste der Stadt Wien. (Schluß) ah/rr

15 Jahre Gebietsbetreuungen - 15 Jahre „sanfte“ Stadterneuerung

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Heute, Mittwoch, findet im Gartenhotel Altmannsdorf ein eintägiges Symposium zum Thema „15 Jahre Gebietsbetreuung in Wien“ statt. Rund 200 Experten und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Planung, Bau- und Wohnungswesen, Forschung, Kammern, Bevölkerungsinitiativen, Bundesländern und dem Ausland diskutieren die Erfahrungen, Probleme, Grenzen und Anforderungen der Tätigkeit der Gebietsbetreuungen in den Wiener Stadterneuerungsgebieten.

Seit 15 Jahren bestehen in Wien sogenannte „Gebietsbetreuungen“, derzeit elf Teams von — insgesamt etwa 50 — Fachleuten (vorwiegend Architekten), die im Auftrag der Stadt in den besonders sanierungsbedürftigen Gebieten Wiens die Stadterneuerung vorantreiben.

Ihre Hauptaufgaben bestehen in

- Information und Beratung der Gebietsbevölkerung über Förderungsmöglichkeiten, Wohnrechtsfragen usw.
- Motivation der Hauseigentümer zur Sanierung ihrer Häuser
- Initiative und Planung für Verbesserungsmaßnahmen im öffentlichen Raum (Begrünung, Parks, Verkehrsberuhigung usw.)
- Koordination aller an der Stadterneuerung Beteiligten.

Diese Gebietsbetreuungen sind damit eines der wichtigsten Instrumente einer „sanften“, bewohnerorientierten, partizipativen Stadterneuerung. Daß die Sanierung alter Wohnviertel in Wien weitgehend konfliktfrei und zunehmend unter aktiver Mitwirkung der Bevölkerung erfolgt, ist sehr wesentlich das Verdienst dieser Gebietsbetreuung. Als unbürokratische Informationsstellen, als außerhalb der Magistratshierarchie stehende Koordinationsstelle zwischen Politik, Verwaltung, Betroffenen und Bevölkerung, als Ideensammler und unkonventionelle Planer haben sie seit 15 Jahren wesentlich zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in diesen Vierteln beigetragen und dafür — oft unbeachtet von den Medien — bei der Bevölkerung Zuspruch und bei Fachleuten, Beamten und Politikern Anerkennung gefunden, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER in einer Pressekonferenz am Rande des Symposiums.

Der jährlich aus dem Budget der Stadt Wien zur Verfügung gestellte Betrag von rund 30 Millionen Schilling für den Personal- und Sachaufwand der Gebietsbetreuungen nimmt sich im Verhältnis zu den öffentlichen und privaten Gesamtinvestitionen in der Stadterneuerung vergleichsweise gering aus. Heuer werden allein für den Neubau und die Sanierung von Wohnungen und Wohnhäusern in Wien von privater und öffentlicher Seite rund 10 Milliarden Schilling investiert, denn Wien hat immer noch einen der größten Althausbestände Europas.

Symposium und Ausstellung über die Gebietsbetreuungen

Die Erfahrungen dieser 15 Jahre, vor allem auch die Probleme und Grenzen ihrer Tätigkeit (Gebietsbetreuungen haben keine Kompetenz gegenüber Verwaltung oder gar Politik und keine eigenen Budgetmittel zur Realisierung von Maßnahmen, sie sind auf ihre Argumente und Überzeugungskraft angewiesen) und die künftig zu erwartenden Anforderungen (hoher Sanierungsbedarf, zunehmende Einwanderung aus Osteuropa, zunehmende Verkehrsprobleme, regionale Spekulationstendenzen infolge der Weltausstellung usw.), sind Thema des Symposiums, in dessen Rahmen auch eine Ausstellung über die Arbeit der elf Gebietsbetreuungen zu sehen ist. Diese Ausstellung soll in den kommenden Monaten durch Wien „wandern“. Und es gibt bereits Interesse aus mehreren Landeshauptstädten, sind doch die Gebietsbetreuungen nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa ein bisher einzigartiges Instrument partizipativer Stadterneuerung.

Gebietsbetreuungen werden immer wichtiger

Sicher ist bereits jetzt, daß die Gebietsbetreuungen auch in Zukunft als wichtigstes praktisches Instrument „sanfter“, partizipativer, bevölkerungsorientierter Stadterneuerung nicht nur erhalten, sondern auch ausgebaut werden. Nachdem in den vergangenen 15 Jahren die vordringlich erneuerungsbedürftigen Stadtteile zu Stadterneuerungsgebieten erklärt und mit Gebietsbetreuungen ausgestattet wurden, werden derzeit die bestehenden Gebiete — je nach Notwendigkeit — verändert und ausgeweitet. Derzeit umfassen die elf Wiener Stadterneuerungsgebiete eine Fläche von über sechs Millionen Quadratmeter mit über 160.000 Menschen. Das sind etwa 10 Prozent der bebauten Stadtfläche und über elf Prozent der Wiener Bevölkerung, wobei die Betreuungstätigkeit in der Regel sogar über die Gebiete hinausreicht.

Die künftigen Aufgaben der Gebietsbetreuungen ergeben sich aus dem immer noch sehr hohen Stadterneuerungsbedarf. So hat sich bereits seit 1985 das Volumen geförderter Wohnhaussanierungen und Wohnungsverbesserungen in Wien von 1,3 auf rund 4 Milliarden Schilling verdreifacht. In vielen Fällen gilt es, die Interessen der Bewohner zu wahren, Mißverständnisse aufzuklären und Konflikte beizulegen.

Will man beispielsweise erreichen, daß es bis zum Jahr 2007 in Wien weder überbelegte noch Substandardwohnungen gibt, so ist dafür ein privater und öffentlicher Gesamtinvestitionsbedarf durch Neubau und Sanierung von Wohnraum im Umfang von mindestens 200 Milliarden Schilling notwendig.

Die Gebietsbetreuungen werden angesichts der zu erwartenden Weltausstellung und der noch gar nicht abzusehenden Entwicklungen in Ost-Europa in Zukunft auch besondere Bedeutung bei der Bewahrung sozialer Stabilität, bei der Konfliktlösung und -vermeidung zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung und besonders bei der Vermeidung von Spekulation haben. Immer wichtiger wird schließlich die Verbesserung der städtischen Wohn- und Lebensqualität durch Maßnahmen im Wohnumfeld (Grün- und Verkehrsmaßnahmen, Blocksanierung).

Hohe Förderung und eigentümerunabhängige Mieterbetreuung

Die Gebietsbetreuungen können und werden aber nicht das einzige Instrument „sanfter“ Stadterneuerung in Wien sein. Die Förderung mieterorientierter Haussanierungen, die Förderung der Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung des Wohnumfeldes bedarf entsprechender gesetzlicher, politischer und administrativer Voraussetzungen. Dazu zählt im Bereich der Wohnhaussanierung insbesondere die sehr hohe öffentliche Förderung (bis zu 80 Prozent der Sanierungskosten übernimmt das Land Wien) sowie die Bindung dieser Förderung an bewohnerorientiertes Vorgehen, etwa durch eine eigentümerunabhängige Mieterbetreuung. Die Mitbestimmung der Mieter bei der Sanierung und die Arbeit von Mieterbetreuern läßt Hauseigentümer rascher zur Förderung kommen (es gibt Pluspunkte bei der Bewertung des Sanierungsprojektes durch den „Stadterneuerungsfonds“), außerdem sind diese Kosten ein Teil der förderbaren Gesamtkosten einer Sanierung.

Entwicklung der Gebietsbetreuungen in Wien 1974 bis 1989

- 1974 Ottakring (16. Bezirk) (bis 1983)
- 1977 Ulrichsberg (7. Bezirk) (bis 1983)
- 1979 Himmelfortgrund (9. Bezirk)
Wilhelmsdorf (12. Bezirk)
- 1982 Gumpendorf (6. Bezirk)
Storchengrund (15. Bezirk)

Forts. von Blatt 2723

Forts. auf Blatt 2725

- 1984 Karmeliterviertel (2. Bezirk)
Margareten-Ost (5. Bezirk)
Inner-Favoriten (10. Bezirk)
Neulerchenfeld (16. Bezirk)
- 1986 Mobile Gebietsbetreuung
- 1988 Kalvarienbergviertel (17./18. Bezirk)
Augartenviertel (20. Bezirk)
- 1989/90 diverse Gebietsvergrößerungen (2., 5., 6., 12., 15. Bezirk)
(Schluß) ah/bs/gg

Forts. von Blatt 2724

114 Millionen Schilling für die Jugend

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales beschloß in seiner Sitzung am Mittwoch einstimmig die Bereitstellung von Förderungsmitteln in der Gesamthöhe von 114 Millionen Schilling, die jungen Menschen zugutekommen.

Einen Schwerpunkt bildet eine Subvention in der Höhe von 70 Millionen Schilling für den „Verein Jugendzentren der Stadt Wien“. Zu seinen Aufgaben gehören die Führung von Jugendzentren der offenen Tür, Klubzentren, Kultur- und Veranstaltungszentren sowie Familienzentren (Club Bassena). Integrationsmodelle für behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche sowie für Gastarbeiterkinder, die Unterstützung von sozial- und gesellschaftspolitisch relevanten Projekten (z.B. Favoritner Lernstatt) sowie Siedlungs- und Stadtteilarbeit sind weitere wichtige Aufgaben des Vereines.

In der selben Sitzung wurden auch 39 Millionen Schilling für den Verein „Wiener Jugendkreis“ bewilligt. An Aktivitäten für 1990 sind unter anderem vorgesehen: Die Durchführung des 18. Wiener Ferienspiels, die Durchführung der Aktionen „Jugend in Wien“, „Familiensonntag“ und „Freizeit und Familie“, der Betrieb einer Jugendleiterschule sowie die Veranstaltung des 17. Wiener Schultheaterfestivals und des „Pop-Odrom 1990“.

Weitere Subventionen die vom Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales am Mittwoch beschlossen wurden, gehen an verschiedene Wiener Jugendorganisationen (4,4 Millionen Schilling) sowie an Jugendklubs und Projekte im Jugendbereich. (Schluß) ull/bs

Dr.-Karl-Renner-Preis für Vaclav Havel

Wien, 29.11. (RK-KULTUR/POLITIK) Der tschechoslowakische Dramatiker und Bürgerrechtskämpfer Vaclav HAVEL erhält den Dr.-Karl-Renner-Preis 1989 der Stadt Wien in Höhe von 200.000 Schilling. Diesen Beschluß faßte auf Antrag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK das Kuratorium der Stiftung in seiner heutigen Sitzung. Wien wolle mit diesem Entschluß ein Signal setzen, erklärte Zilk und verwies auf die Verdienste und das engagierte Wirken Havels im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung in der CSSR, aber auch auf seine intensive kulturelle Beziehung zur österreichischen Bundeshauptstadt. Während der Dramatiker in Prag im Gefängnis saß, wurden in Wien seine Theaterstücke „Vernissage“, „Audience“, „Berg-hotel“ und „Largo Desolato“ uraufgeführt.

Die weiteren Preise wurden dem „Verein Aktionsgemeinschaft autonomer österreichischer Frauenhäuser“ (200.000 Schilling) sowie Prof. Dr. Hugo PORTISCH und dem Leiter der Evangelischen Akademie Wien, Prof. Ulrich TRINKS (jeweils 100.000 Schilling), für ihre Bildungsarbeit zuerkannt. Die Verleihung der Preise soll noch vor Weihnachten stattfinden.

Die Dr.-Karl-Renner-Preise der Stadt Wien werden alle drei Jahre vergeben und stellen die höchste Auszeichnung der Bundeshauptstadt auf diesem Gebiet dar. Die letzten Preisträger waren 1986 Kardinal Dr. Franz KÖNIG, Amnesty International und medizinische Selbsthilfegruppen in Wien. (Schluß) red/gg

Kabel-TV: Novellierung des Urheberrechtsgesetzes ermöglicht Übernahme weiterer Programme

Wien, 29.11. (RK-LOKAL) Heute nacht wurden im Parlament die Weichen für die Zukunft des Kabelfernsehens gestellt: Der Nationalrat beschloß eine Ergänzung des Urheberrechtsgesetzes, wodurch künftig Unterlassungsklagen aus urheberrechtlichen Gründen gegen österreichische Kabelunternehmungen wegen eines Programmes nicht mehr möglich sind. Das berichtete Kabel-TV-Geschäftsführer Prof. Fritz SENGER Mittwoch in einem Pressegespräch.

Diese Novellierung, die Auswirkungen für die österreichischen Kabelfernsehunternehmungen, die Verwertungsgesellschaften und für Anbieter von Satellitenprogrammen (TV und Hörfunk) hat, sieht auch eine Neuregelung der Abgeltung für urheberrechtliche Ansprüche bei Satellitenprogrammen vor. Damit ist ab Inkrafttreten des Gesetzes mit 1. Jänner 1990 die Technologie des Satellitenfernsehens im Urheberrecht gesetzlich verankert und geregelt.

Dadurch sei, wie Prof. Senger ausführte, der Weg zur Einspeisung neuer Programme frei, nachdem bereits in den vergangenen Monaten die technischen Voraussetzungen von Kabel-TV dafür geschaffen wurden. Für die nähere Zukunft — etwa Jahresbeginn 1990 — stehen das Fernsehprogramm Music Television (MTV Europe) und CNN (das englisch-sprachige Nachrichtenprogramm Cable News Network) auf der Wunschliste von Kabel-TV. Gespräche haben schon stattgefunden, Einzelheiten der Verträge müssen noch ausgehandelt werden. Auch Radiohörer dürfen sich über weitere Programme freuen: Schon demnächst soll ein von BBC seit Oktober 1989 für Mitteleuropa gemachter Radiosender empfangen werden können, der 18 Stunden in englischer Sprache, vier Stunden in deutscher Sprache und zwei Stunden in französischer Sprache sendet. Weiters soll Radio Luxemburg, ein „Lieblingssender“ junger Leute, bald zu hören sein.

Die weitere Vorgangsweise sieht so aus, daß Anfang kommenden Jahres eine repräsentative Befragung unter Kabelfernsehbenutzern durchgeführt werden wird, an welchen Programmen und Sendungen besonderes Interesse besteht und in welchen Bereichen „mehr“ geboten werden sollte. Aufgrund der Auswertung dieser Umfrage soll entschieden werden, welche weiteren Sender in das Netz eingespeist werden. (Schluß) ull/bs